NEWS-TICKER

Irish Dental Association kritisiert:

Zahnärztliche Vorsorge in Schulen Fehlanzeige

In Irland wurde 2023 mehr als 100.000 Kindern die zahnärztliche Vorsorge in der Schule verweigert, rügt die Irish Dental Association (IDA). Seit 2019 ging die Zahl dieser Untersuchungen um 31 Prozent zurück. „Der Health Service Executive (HSE) kommt seiner Pflicht zur angemessenen Versorgung der Patienten im Rahmen des Gesundheitsgesetzes nicht nach", stellte der CEO der IDA, Fintan Hourihan, fest: „Über 50 Prozent der Schulkinder wurde im Rahmen dieses Programms der Zugang zu zahnärztlicher Versorgung verweigert, trotz eines Bevölkerungswachstums von 7,3 Prozent. Das entspricht einem Anstieg verpasster Termine um 31 Prozent seit 2019." Die Irish Dental Association fordert daher, dass dem öffentlichen zahnärztlichen Dienst sofort zusätzliche Ressourcen gewährt werden.

Quelle: PM der IDO vom 25.4.2024

Mon Espace Santé MES in Frankreich

Digitale Patientenakte funktioniert

In Frankreich nutzen mehr als 95 Prozent der Sozialversicherten die dortige digitale Patientenakte (Mon Espace Santé [MES], übersetzt „Mein Gesundheitsbereich"). Diese wurde im Januar 2022 eingeführt und ist eine Opt-out-Lösung, sodass Sozialversicherte aktiv widersprechen mussten.

Das berichtete David Sainati, stellvertretender Leiter der Abteilung für Digitalisierung im französischen Gesundheitsministerium. Versicherte könnten innerhalb eines Onlinebereichs auf ihre Daten zugreifen, auch Ärztinnen und Ärzte hätten Zugriff. Sainati erklärt sich die hohe Nutzungsrate einerseits mit der Opt-out-Regelung. Zudem habe der französische Staat ein Extrabudget von zwei Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um die Sozialversicherungsdaten abzugleichen und in ein neues System einzuspeisen. Wichtig für die Umsetzung sei aber vor allem eine Schnittstellenanpassung, weiß Sainati. Wenn am Tag X nicht alle Softwareanpassungen vorhanden seien, dann könnten Systeme nicht verzahnt werden. Deshalb habe es in Frankreich im Vorfeld der Einführung von MES eine Taskforce gegeben, die sich Sektor für Sektor angeschaut und die Herausforderungen für Nutzende genau geprüft habe. Das Ziel sei gewesen, das System kompatibel und homogen zu gestalten. Damit das Ganze auch finanziell funktioniere, gebe es einen neuen Finanzierungsmechanismus in Frankreich, berichtet Sainati weiter. So kauften Apotheker und Ärzte dem Staat Anwendungen zur Aktualisierung von Schnittstellen ab, die zwischen MES und ihren eigenen Systemen fungierten. Mit diesem Geld könnten die Systeme und Schnittstellen weiterentwickelt werden, erklärte Sainati.

Quelle: Deutsches Ärzteblatt

Wut entlädt sich gegenüber Zahnärzten in UK

Patientenfrust bei Wartezeiten

Der Frust über exorbitant lange Wartezeiten auf Termine schürt in Großbritannien die Wut der Patienten gegenüber Zahnärztinnen und Zahnärzten. In einer Umfrage der Organisation Dental Protection mit über 1.300 britischen Zahnärzten gaben mehr als die Hälfte (57 Prozent) an, in den letzten 12 Monaten verbale oder körperliche Beschimpfungen oder Einschüchterungen durch Patienten oder deren Angehörige erlebt oder beobachtet zu haben. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der Befragten meinten, die Vorfälle seien dem Frust über lange Wartezeiten auf Termine geschuldet; 59 Prozent glaubten, sie seien darauf zurückzuführen, dass der Patient nicht die Behandlung bekam, die er seiner Meinung nach brauchte. Von den betroffenen Zahnärztinnen und Zahnärzten räumten 58 Prozent ein, dass sich die erlebte oder beobachtete Gewalt, Missachtung und Wut auf ihre psychische Gesundheit ausgewirkt habe, über ein Drittel (37 Prozent) gab an, dass sie die Zunahme von Aggressionen und Einschüchterung durch Patienten dazu veranlasst habe, ihre Karriere in der Zahnmedizin zu überdenken. Fast ein Drittel der Zahnärzte (31 Prozent) ist außerdem der Meinung, dass Gewalt gegen Zahnärzte von der Polizei nicht ernst genommen wird.

Quelle: Dental Protection Umfrage 2023

© A Kisel/Shutterstock.com

British Dental Association meldet

Zuckersteuer zeigt Erfolg

Im April 2018 hat das Vereinigte Königreich eine Zuckersteuer auf Erfrischungsgetränke eingeführt. Gegenüber dem Weltzahnärzteverband FDI erklärte die British Dental Association (BDA) die Effekte – und warum sie für eine Ausweitung plädiert. Die Soft Drinks Industry Levy (SDIL) war 2016 angekündigt und im April 2018 in Kraft gesetzt worden. Die Abgabe gilt für zuckergesüßte Getränke (SSBs) und soll die Hersteller dazu ermutigen, ihren Zuckergehalt zu reduzieren und den Verbrauchern gesündere Optionen zu bieten. Wie die British Dental Association (BDA) jetzt gegenüber dem Weltzahnärzteverband FDI erklärte, hat die Maßnahme allein im Geschäftsjahr 2022/2023 umgerechnet 414 Millionen Euro eingebracht. 2021/2022 waren es 390 Millionen Euro, 2020/2021 knapp 350 Millionen Euro. Je nach Zuckergehalt des Getränks gibt es zwei Steuersätze: Der Normalsatz beträgt 18 Pence (21 Cent) pro Liter gilt für Getränke mit einem Gesamtzuckergehalt zwischen fünf und acht Gramm pro 100 Milliliter. Der höhere Satz von 24 Pence (28 Cent) pro Liter gilt für Getränke mit einem Gesamtzuckergehalt von mindestens acht Gramm pro 100 Milliliter. Für Getränke mit einem Zuckergehalt von weniger als fünf Gramm pro 100 Milliliter wird keine Steuer erhoben.

Im November 2023 zeigte eine im *British Medical Journal* veröffentlichte Studie, dass die Zuckersteuer bei Minderjährigen zu 12,1 Prozent weniger Krankenhauseinweisungen wegen Zahnextraktionen geführt hatte. Besonders stark war der Effekt bei Kindern bis vier Jahre (28,6 Prozent). Angesichts dieses Erfolgs plädiert die BDA für eine Ausweitung der Abgabe, indem zum Beispiel Getränke auf Milchbasis, Kekse und Süßigkeiten ebenfalls besteuert und dadurch Verbraucher ermutigt werden, Produkte zu wählen, die für die Mund- und Systemgesundheit weniger schädlich sind. Die Maßnahme könne zudem dazu beitragen, die Umstellung von Lebensmitteln mit hohem Zuckergehalt voranzutreiben, ohne die Kosten für die Verbraucher zu erhöhen.

Quelle: PM der BDA

Bundeszahnärztekammer wendet sich an EU-Parlament

12 Kernforderungen aus Deutschland

Die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) wendet sich in einem Positionspapier an das neue EU-Parlament. Wie die BZÄK hervorhebt, hat die Bedeutung der Europäischen Union (EU) für den zahnärztlichen Berufsstand seit der letzten Europawahl vor fünf Jahren weiter spürbar zugenommen. Bereits heute würden viele für die Zahnärzteschaft wichtige Fragen nicht mehr auf nationaler Ebene, sondern in Brüssel und Straßburg entschieden, stellt sie in einem neu veröffentlichten Positionspapier fest. In den Kernforderungen geht es u. a. darum, die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten für ihre Gesundheitssysteme zu wahren. Des Weiteren fordert die BZÄK eine rasche Überarbeitung des EU-Rechtsrahmens für Medizinprodukte. Die Digitalisierung im Gesundheitswesen müsse zum Nutzen der Patienten sein und sollte zu einer verbesserten und bürokratiearmen Versorgung führen. Die BZÄK will eine stärkere Entbürokratisierung für die Zahnarztpraxen und eine konsequente Fortsetzung der Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen. Die Therapie- und Entscheidungsfreiheit müsse europaweit geschützt werden – dazu warnte die BZÄK vor dem Aushöhlen der Qualität freiberuflicher Dienstleistungen zugunsten von Finanzinvestoren betriebenen Dentalketten. Die BZÄK fordert das Parlament auf, sich für die Europäische Charta der Freien Berufe einzusetzen für eine Standortbestimmung der Freiberuflichkeit auf europäischer Ebene. Weitere Themen beziehen sich auf den freien Zugang aller EU-Bürger zu zahnärztlicher Versorgung in der Europäischen Union und auf die Verbesserung der Prävention der Mundgesundheit im EU-Raum.

Quelle: Kernforderungen der Bundeszahnärztekammer

© A Kisel/Shutterstock.com